

Frankreich wieder eine Monarchie?

Veröffentlicht am 13. März 1994

Aktuell: Was ist der Unterschied zwischen einer Präsidial-Republic vom Muster de Gaulles und dem königlichen Gehabe eines Mitterand einerseits und einer konstitutionellen Monarchie andererseits. Für Frankreich ist das einerlei mit seiner grossen Schwäche für königlicher Prunk und Aufwand

Der Gedanke ist nicht abwegig. Regelmässig taucht er bei unserem westlichen Nachbarn auf. In der Nachkriegszeit bei de Gaulle und neuerdings im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschafts-Wahlen. Jeweils dann, wenn sich das existierende System totgelaufen hat. So war es bereits im 19. Jahrhundert als Republik, Monarchie, Kaiserreich (Empire) und ein extremer Parlamentarismus einander in rascher Folge ablösen oder sich zu neuen Formen staatlicher Ordnung kombinierten. Ein solcher Wendepunkt zeichnet sich auch heute wieder ab.

I

Der Wendepunkt

Irgendwie scheint es das Schicksal Frankreichs zu sein, gewissermassen im Vorlauf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Änderungen auch den Wechsel seiner konstitutionellen Form einzuleiten. Die französische Revolution machte mit dem System der absoluten Monarchie Schluss. Wenn auch seit dem Ende des dritten Kaiserreichs in Frankreich kein Monarch mehr an die Spitze des Staates gelangte, so entwickelte sich eine kuriose Dualität zwischen starken Persönlichkeiten und einem übertriebenen, auf ein Vielparteiensystem abgestützten Parlamentarismus.

In rascher Folge wurden Präsidenten und Regierungen gewechselt. Damit wurde nicht nur das anfängliche Debakel während des letzten Weltkriegs verschuldet, sondern eine rasche wirtschaftliche Entwicklung erschwert. Erst de Gaulle hat mit seiner Verfassung die Stellung des Staatpräsidenten so gestärkt, dass seine Nachfolger eine etwas kontinuierlichere Politik und damit auch einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung einzuleiten vermochten. Vor allem Pompidou öffnete den Weg zu einer Spitzenstellung in der modernen Industrie, Technologie und Informatik. Dem extremen Parlamentarismus, den von den Parteien und Gewerkschaften verursachten sozialen und gesellschaftlichen Wirren vermochte er aber ebensowenig Herr zu werden, wie seine Nachfolger. Nicht einmal Mitterand, im Volksmund als Gott, König oder Onkelchen gefeiert, gelang es, während seinen bald 14 Amtsjahren, für bessere soziale Verhältnisse, insbesondere für weniger Arbeitslose zu sorgen.

Einmal mehr ist Frankreich heute an einem Wendepunkt angelangt. Das Volk hat genug von dem Hin und Her der Parteien, insbesondere dem Gezänk unter den verschiedenen „Stammes-Häuptlingen“. Dabei weiss niemand, wie mit dem Übel der Zeit, die Arbeitslosigkeit, fertig werden. Der heute vorherrschende, von Zbigniew Brzezinsky als „postutopischer Permissivismus“ benannte Zeitgeist, macht die Reichen und die Armen immer gieriger nach allem, was unsere Überflusgesellschaft zu bieten hat. Gleichzeitig hat er uns alle rücksichtsloser gemacht. Gefühle der Verantwortung als Bürger werden abgebaut. Jeder fordert von jedem und was er nicht kaufen kann oder freiwillig erhält, das versucht er mit Gewalt, politischem bzw. mit Druck von der „Strasse“ oder ganz einfach auf illegalem, wenn nicht gar kriminellen Wege zu holen. In diesem Sinne erinnert das Frankreich von heute an dasjenige vom Mai 1968. Regierung, Mehrheit und Opposition sind ratlos, versuchen nicht einmal das Übel bei der Wurzel zu packen, sondern heizen es noch an, vergeuden ihre Zeit mit gegenseitigem Beschimpfen, Bekämpfen und Ringen um die politische Macht.

Bei diesem Gerangel konzentriert sich alles auf die Wahl des Präsidenten. Zwar fehlt es nicht an der Einsicht, dass das Land vor äusserst gefährlichen sozialen Wirren steht, die, im Gegensatz zu 1968 mit der damals herrschenden Prosperität, zu einer blutigen Katastrophe führen könnten. Kein Wunder, dass bei diesem Klima nach einem neuen System für die Besetzung der obersten Stelle des Landes gerufen wird. De Gaulles Idee der Wiedereinführung der Monarchie ist erneut im Gespräch.

II

Monarchie oder Präsidialregierung

Der Unterschied zwischen der von de Gaulle eingeführten Präsidial-Regierung und einer (absoluten) Monarchie ist ja ohnehin nicht sehr gross. Anstatt über den Parteien zu stehen, zusammen mit dem Parlament eine selbständig handelnde Regierung zu überwachen, beteiligt sich der Präsident (ganz auf de Gaulle zugeschnitten) direkt an der Regierung. Deshalb braucht es trotz der Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Parlament die berühmte bzw. heute berüchtigt gewordene „Kohabitation“: zwischen dem Sozialisten Mitterand und dem bürgerlichen Balladur. Nach einem eher vielversprechenden Anfang, es besser als Chirac in den Jahren 1985/86 zu machen, ist Balladur heute in die ihm täglich von seinem Präsidenten und dessen Truppen (Partei und Gewerkschaften) gestellten Fallen hineingerasselt, sodass seine Beliebtheitsquote in zehn Monaten von über 70% auf stark unter 50% gesunken ist.

So wird Frankreich einmal mehr weder von Präsidenten, noch von der Regierung oder dem Parlament geführt. Alles ist nur auf die bevorstehende Präsidentschafts-Wahl ausgerichtet. Die Wahlkämpfe nehmen besonders in Frankreich, aber auch in anderen Ländern, derartige Ausmasse an, dass sich viele besorgte Bürger fragen, ob es nicht besser wäre an der Spitze des Staates eine Persönlichkeit zu stellen, die wie bei einem Monarchen, durch die Erbfolge und nicht durch Wahlen bestimmt wird. Die Befürworter dieser These geben zudem noch folgende Argumente:

Erstens: Ein auf dem Wege der Erbfolge bestimmter Staatschef könnte es sich -weil nicht von einer Wahl abhängig- leisten, wirklich über dem Parteiengerangel zu stehen, keine Wahlschulden abzahlen zu müssen bzw. seine Unabhängigkeit zu verlieren. Die daraus resultierende Unparteilichkeit wäre ausdrücklich in der Verfassung zu verankern.

Zweitens: Im Gegensatz zum Präsidialsystem de Gaulles würde der Staatschef auch nicht mehr direkt an der Regierung beteiligt bzw. dafür verantwortlich sein. Er hätte lediglich als oberster Schirmherr darüber zu wachen, dass die Verfassung, die obersten Staatsinteressen und die Rechte der Bürger nicht verletzt, insbesondere diese keiner Willkür ausgesetzt werden. Zu diesem Zwecke wäre ihm ein verfassungsmässig geordnetes Veto einzuräumen. Zudem wären alle von Volk und Parlament genehmigten Gesetze und wichtigen Erlasse von ihm zu genehmigen oder, wie es im Jargon der konstitutionellen Monarchien heisst, zu „promulgieren“.

Drittens: Natürlich wären verfassungsmässig auch alle Vorkehren zu treffen, damit entweder bereits bei der Erbfolge oder später eine für den Thron ungeeignete Person, die sich insbesondere auch nicht an ihre von der Verfassung festgelegten Pflichten hält, an der Ausübung des Amtes als Monarch verhindert oder zum Rücktritt gezwungen wird.

Viertens: Schliesslich könnte ein Monarch noch besser als ein Präsident all das repräsentieren, was für die Franzosen, genau so wie für viele andere lateinische Völker, so wichtig ist: die Einheit des Staates, Glanz und Pracht einer historisch gewachsenen und stolzen Nation, die besondere Pflege von Kultur und Volkstum in all ihrer Vielfalt, sowie eine militärischen Tradition, die auch heute noch vollkommen intakt ist und, wie das im Golfkrieg und Jugoslawien, aber auch in vielen afrikanischen Staaten gezeigt wurde, einen neuen Aufschwung erlebt.

Eine ernsthafte Idee?

Natürlich wird die Idee einer Restauration der Monarchie in Frankreich gerne belächelt und als undenkbar beiseite geschoben. Immerhin de Gaulle hatte ernsthaft daran gedacht! Dem französischen Volke entspräche das System der Monarchie besser als eine Republik, pflegte er zu sagen. Keine absolute aber eine sogenannte konstitutionelle Monarchie. Wie kürzlich einer der lebenden Thronanwärter, der Prince Henri d'Orléans, Comte de Paris, am Fernsehen auf die Frage, warum seine Gespräche mit De Gaulle zu nichts geführt hätten, antwortete, es sei de Gaulle selber gewesen, der die Idee aufgegeben habe.

In Wirklichkeit fehlte de Gaulle der richtige Zeitpunkt. Nach ihm hätte der Wechsel zur Monarchie bereits während seinem Aufenthalt in London vorbereitet werden sollen, damit Frankreich am Kriegsende als Monarchie hätte vorgestellt werden können. Wie er selber dem Comte de Paris 1952 vorwarf, habe er während dem Krieg in London vergeblich auf ihn gewartet. Damals wollte sich aber der Comte, wie er am Fernsehen zugab, noch nicht festlegen. Später entwickelte er, ganz im Gegensatz zu der von de Gaulle eingeschlagenen Politik, den Plan zunächst als eine Art Prokonsul für Algerien die Monarchie nach Frankreich zu bringen. Immer, und darin war er sich mit de Gaulle einig, brauchte es für die Wiedereinführung der Monarchie eine Initiative der legalen Gewalt. Vielleicht fand de Gaulle, dass dafür nicht nur der richtige Zeitpunkt, sondern auch der richtige Mann fehlte!

Die Tatsache, dass sich das französische Volk 14 Jahre lang mit einem Präsidenten Mitterand nicht nur abgefunden, sondern sichtlich auch mit ihm als Repräsentations-Figur, nicht als Sozialist und Politiker, zufrieden war, sogar eine wachsende, wenn oft auch kritische Sympathie entwickelte, zeigt, dass das Volk eine Persönlichkeit braucht zu der es hinaufschauen und die es über das politische Gerangel stellen kann.

Wie immer der Wahlkampf verläuft, wird der nächste Präsident mit dieser Frage in zunehmendem Ausmass konfrontiert sein. Vielleicht wäre dies für ihn der einzige Weg, aus dem politischen Alltag herauszukommen und dem Volk ein neues, nicht nur wirtschaftliches und von den ewigen Arbeits- und Sozialproblemen geprägtes Ideal der « Grandeur et Splendeur du Pays » vorzusetzen!

© Frédéric Walthard